

## Jedes Dach im Kanton soll Strom liefern

Kantonsratsmitglieder von Grünen und SP fordern auf jedem Gebäude im Kanton Luzern eine Solaranlage. Die Regierung will das prüfen.

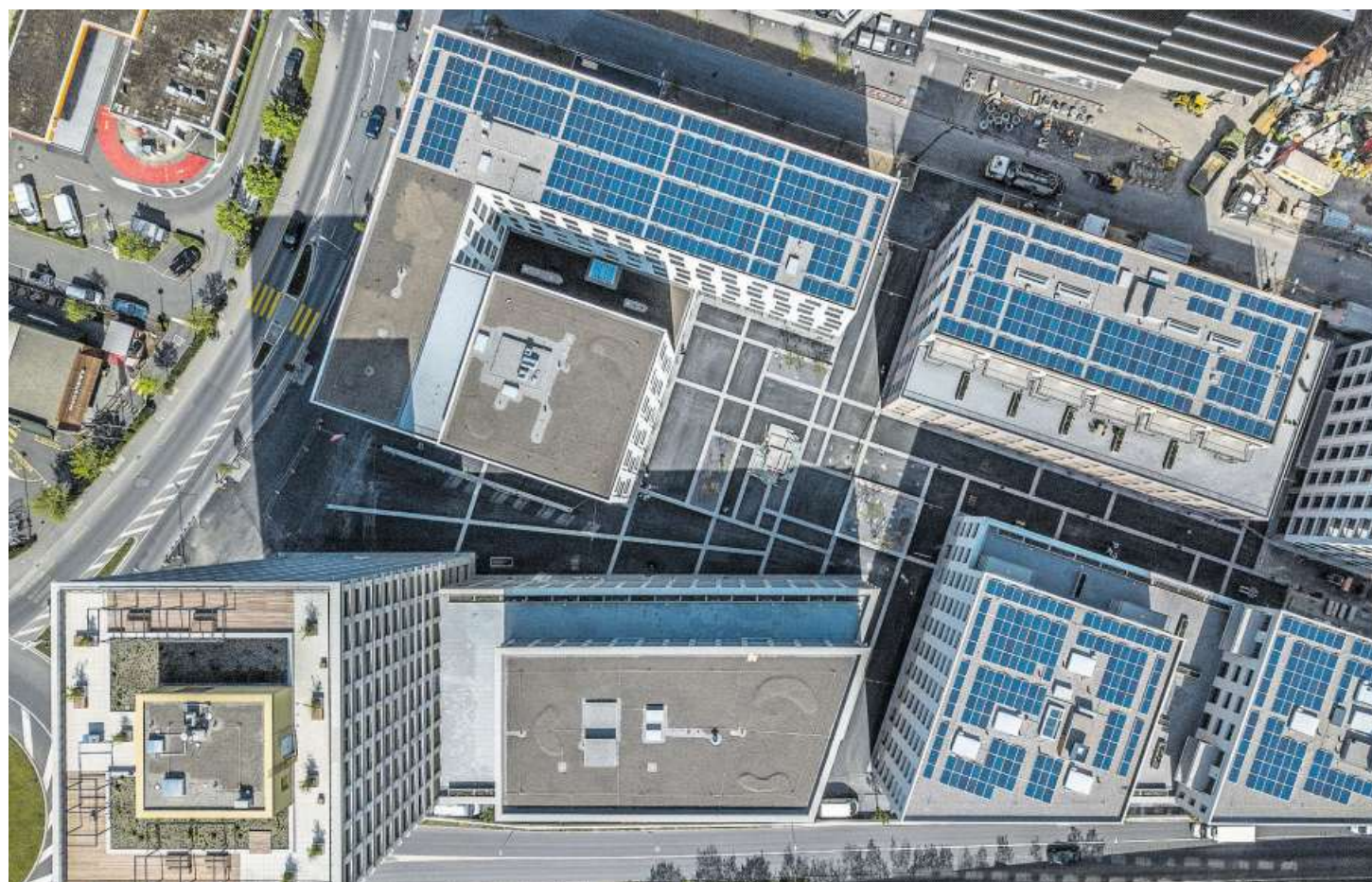
Zéline Odermatt

Viele Dächer im Kanton Luzern wären für die Installation einer Fotovoltaikanlage geeignet. Wie sehr sich diese eignen, zeigt auch eine digitale Karte des Kantons, der Solarpotenzialkataster. Dort ist jedes Haus im Kanton und sein Solarpotenzial ersichtlich. «Heute wird das Potenzial ungenügend ausgeschöpft», schreibt Kantonsrat Jonas Heeb (Junge Grüne) in einer Motion zum Thema. Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dass Neubauten sowie bestehende, auf Dauer angelegte Bauten und Anlagen innert 15 Jahren mit Anlagen zur Produktion von Solarenergie auszustatten sind.

«Während sich bei den Windkraftanlagen häufig Widerstand zeigt, nimmt die Fotovoltaik aufgrund der vergleichsweise schnellen Zubaumöglichkeit und der hohen Akzeptanz in der Bevölkerung eine zentrale Rolle ein», so der Horwer Politiker in der Motion, die von 15 weiteren Kantonsräten und Kantonsrätinnen der Grünen-/SP-Fraktion unterschrieben worden ist.

### Regierungsrat unterstützt Ziele der Motion

Für eine stärkere Nutzung des Potenzials von erneuerbarer Energieproduktion im Kanton Luzern spricht sich auch der Regierungsrat aus. «Das Ziel der Motion, den Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere der Fotovoltaik im Kanton Luzern voranzubringen, unterstützen wir ausdrücklich.» Die Regierung hat die Motion als erheblich erklärt, will sie jedoch in ein weniger verbindliches Pos-



Auf den Dächern der Überbauung Mattenhof in Kriens sind teils Fotovoltaikanlagen installiert.

Bild: Pius Amrein (25. April 2019)

tulat umwandeln. Wann das Anliegen im Kantonsrat beraten wird, ist offen. Jonas Heeb freut sich über die Antwort: «Es ist immer schön, wenn ein Anliegen wahrgenommen und geteilt wird. Allerdings wäre es mir lieber, wenn es eine Motion bleiben würde. Das ist verbindlicher und man könnte Nägel mit Köpfen machen.» Die Motionäre sind der Meinung, dass man schnell handeln muss.

Die Regierung schreibt in ihrer Antwort weiter, im Klima- und Energiebericht, der Ende Ja-

nuar im Kantonsrat beraten wird, seien bereits Massnahmen vorhanden, welche die Ziele der vorliegenden Motion verfolgen. Also etwa die Ausnutzung des Potenzials zur Stromproduktion am Gebäude. Dazu gehöre auch die Überprüfung der vorgeschlagenen zusätzlichen Fotovoltaikpflicht für bestehende Bauten. Die detaillierte Ausgestaltung dieser Massnahmen erfolge nach der Diskussion des Planungsberichts. Der Regierungsrat schreibt weiter: «In diesem Rahmen wird auch zu prüfen

sein, unter welchen Voraussetzungen und an welchen Orten eine Vorgabe sinnvoll ist und wann nicht (beispielsweise bezogen auf Dachgrösse und Beschattung).»

### «Jetzt ist die Zeit für eine Solaroffensive»

Dazu sagt Heeb: «Die Massnahmen sind schön und gut, aber sehr unkonkret. Im Klimabericht werden zunächst Ziele und ein Plan ausgearbeitet. Dann erst folgen die Umsetzungen. Eine Motion wäre verbindlicher.»

Die Regierung will sich jedoch nicht auf einen Zeitplan verpflichten: «Die starre Vorgabe, Fotovoltaikanlagen innert 15 Jahren bei allen bestehenden Bauten zu erstellen, lehnen wir ab.» Heeb sagt dazu: «Wir haben Netto-Null bis 2050 beschlossen, da bleibt auch mit unserer vorgeschlagenen Frist nicht mehr viel Spielraum, wenn man nicht bereits die Voraussetzungen dafür schafft. Jetzt ist die Zeit für eine Solaroffensive.» Eine Gesetzesrevision könne man gleichzeitig vorantreiben, aber es sei eine

### Weitere Vorstösse, die auf Anklang stossen

Die Regierung hat weitere Vorstösse beantwortet, die sie erheblich oder teilweise erheblich erklärt. Dazu gehört ein Postulat von **Urban Frye** (Grüne, Luzern) über die Schaffung eines Anreizsystems für die Verwendung von ökologischen, nachhaltigen Baumaterialien bei Neubauten. Auch ein Postulat von **Maurus Frey** (Grüne, Kriens) über die Förderung von Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch und die Beteiligung am Herkunftsnachweissystem sei erheblich.

Eine Motion von **Adrian Nussbaum** (Mitte, Hochdorf) über die Beschleunigung des Baus und Betriebs von Fotovoltaikanlagen zur Stromproduktion im Kanton Luzern will die Regierung hingegen nur als Postulat erheblich erklären. Eine finanzielle Förderung von Solaranlagen durch den Kanton solle nicht von Beginn an im Vordergrund stehen, so die Begründung. (zfo)

schlechte Option darauf zu warten, weil eine Umsetzung oft mehrere Jahre dauere.

Die Regierung redet auch von möglichen Kosten für Gebäudebesitzerinnen und -besitzer, falls es neue Vorgaben für die Eigenstromproduktion gibt, was höhere Mietkosten für Wohnräume bedeuten könnte. Heeb: «Wir wollen keinen Klimaschutz nur für Reiche. Die Installation von Solaranlagen soll von Bund und Kanton gefördert werden. Investitionen in nachhaltige Energien lohnen sich.»